

---

# Europakonvent junger Bürgerinnen und Bürger

## Arbeitsgruppe Nachbarschaft - Vorbereitungspapier

Mateusz Hartwich

---

Ob wir es wollen oder nicht, und ob wir es realisieren können oder nicht – ab dem 1. Mai werden Staaten wie Belarus, Serbien und Montenegro und nicht zuletzt die Ukraine direkte Nachbarn der Europäischen Union werden. Das ist ein Fakt, mit dem die (alten) Europäer fertig werden müssen, bevor man über den eventuellen Beitritt der Türkei fröhlich weiter debattieren kann. Dabei ist zu beachten, dass ungeachtet aller kultureller und historischer Gemeinsamkeiten und einer unbestreitbaren, gefühlten "Dazugehörigkeit" dieser Länder zu "Europa", es Länder wie Serbien, Bosnien-Herzegowina, Mazedonien aber auch Russland waren, in denen in den letzten 15 Jahren handfeste kriegerische Konflikte tobten.

Nun kann man darüber streiten, inwieweit man dem "Westen" den selben Vorwurf machen kann (ich erwähne nur stichwortartig: Baskenland, Nordirland und Korsika); nicht von der Hand zu weisen ist aber die Tatsache, dass die inneren wie äußeren Ziele und Strategien der EU künftig noch mehr vom Paradigma der Sicherheit dominiert wird – und das nicht erst, aber verstärkt seit dem 11. März. Ich behaupte somit, dass unter diesen Gesichtspunkten die angeblich jetzt schon überstrapazierte "Aufnahmefähigkeit" und das "Befriedungspotenzial" der Union von neuem diskutiert werden wird. Denn, Eines wird erst mit den sozialen und kulturellen Folgen der Großen Erweiterung, die frühestens in zwei-drei Jahren eintreten werden, klar: was sich die EU am wenigsten leisten kann, sind schwelende und potenzielle Krisenherde in den ohnehin unpopulären neuen Mitgliedsländern. Um die These noch etwas zuzuspitzen: Rumänien und Bulgarien werden von Glück reden müssen, wenn sie es noch schaffen, 2007 oder 2008 bei zu treten, bevor die große Enttäuschung, eine "Erweiterungsverdrossenheit", einsetzt.

Bei aller Sympathie und bei allem Euro-Idealismus, bezweifle ich, dass die öffentliche Meinung in den einzelnen Ländern der alten EU nach dem "Big Bang" jedwede weitere Erweiterung mit tragen wird. Wie gesagt, im Falle der Länder des östlichen Balkan wird das Prinzip "pacta sunt servanta" (frei: die Verträge müssen eingehalten werden) noch greifen, aber es wird schon im beitrithungrigen Kroatien zu problematischeren Gesprächen kommen – die, wie ich persönlich hoffe, glücklich enden werden, wenn auch an unzählige Übergangsbestimmungen geknüpft. Im Falle aller anderen aktuellen wie auch potenziellen Kandidaten wird eine

Beitrittsperspektive in die Ferne rücken. Warum? Die EU kann nicht und will nicht Staaten aufnehmen, deren staatliche oder territoriale Integrität nicht gewährt ist! Nicht zufällig beschränkt sich die jetzige und die beschlossene Erweiterung auf Staaten, die in dieser oder ähnlicher Form schon existiert haben (mit Einschränkungen), und nicht erst als schimärische "Nachfolgestaaten" entstanden. Ungeklärte ethnische oder separatistische Konflikte treten in den vermeintlich beitriffsreiferen Ländern des westlichen Balkans auf - mit Ausnahme vielleicht Albaniens, das wiederum indirekt in die Auseinandersetzungen der Nachbarländer mit der albanischen Minderheit involviert ist, und wo die Funktionsfähigkeit des Staatsapparats noch ungeklärt bleibt. Im Falle der ehemaligen westlichen Republiken der Sowjetunion haben wir es eher mit inneren Dilemmata zu tun - gibt es eine belarussische Nation, eine verbindende ukrainische Identität? Diese Fragen spielen bei der Suche nach einer außenpolitischen Orientierung eine wichtige Rolle, und können nur sehr indirekt durch ein verstärktes Engagement der europäischen Diplomatie beeinflusst werden.

Wie sehen die Pläne der EU gegenüber diesen Ländern aus? Andreas' Analyse legt nahe, dass sich die formulierten Strategien um Fragen von (mittelfristiger) Beitrittsperspektive und Beitritt *light* drehen. So optimistisch (und wenig realistisch) die Perspektive auch ist, den Nicht-Mitgliedern den Zugang zum gemeinsamen Markt inkl. Freizügigkeit der Arbeitnehmer zu gewähren - allerdings wohl ohne reales Mitspracherecht - so enttäuschend fällt die Bilanz aus, wenn man bedenkt, dass die volle Mitgliedschaft die Rolle des Zuckerbrots übernommen hat, und eine diffuse Beteiligung an einer Freihandelszone die der Peitsche. Indem vor allem mit den Ländern des westlichen Balkans nach dem Motto: "Wenn ihr brav seid, kommt ihr rein" verfahren wird, wird die Öffentlichkeit, die bald brutal mit der Realität einer Mitgliedschaft von, zweifellos fortgeschritteneren, "ärmeren" MOE-Staaten konfrontiert wird, bestenfalls ignoriert. Die internationale Gemeinschaft ist seit zehn Jahren mit keinem Problem in Bosnien, Serbien, dem Kosovo oder Mazedonien fertig geworden. Der einzig vorzeigbare Erfolg: eine fragile Waffenruhe zwischen den verfeindeten Ethnien, ist in letzter Zeit wieder in Frage gestellt worden. Gewiss, nicht nur die EU ist an diesem Versagen schuldig; die USA, Russland, die UNO und die OSZE, um nur die größten zu nennen, haben ihren Anteil daran. Aber seit 1992 bleibt die damals feierlich verkündete Europäische Union den Beweis schuldig, der Herr im europäischen Hause zu sein. Ein Paradoxon der Geschichte ist ja, dass die triumphale institutionelle Beschleunigung in der EU, von einem außen- wie sicherheitspolitischen Desaster in Bosnien begleitet wurde. Und man hat aus den Fehlern nicht gelernt, sondern auf die beruhigende Kraft der Vorläufigkeit gesetzt.

Somit kommen wir zur eigentlichen Kernfrage: gibt es eine "europäische" Außenpolitik? Nein, nicht nur seit dem Irakkrieg nicht. Und solange es sie

nicht geben wird, bleibt die Gestaltung der EU-Nachbarschaftsbeziehungen den nationalen Interessen untergeordnet. Oder wie es unlängst ein Experte formulierte: es ist "die Fortführung der traditionellen Ostpolitik einzelner Länder mit anderen Mitteln". Der Interessenkonflikt besteht nicht darin, ob oder wie man den Balkan befriedet. Der Interessenkonflikt besteht dann, wenn Frankreich "traditionell" die Serben unterstützen will, Deutschland "traditionell" die Kroaten, Polen die Ukrainer (gegen die Russen, versteht sich) und die Briten die Türkei lieber heute als morgen in der EU sehen wollten. Solange Investitionserleichterungen, Öl- oder Gaskonzessionen, Waffenexporte oder die eigene Minderheit jenseits einer EU-Außengrenze im Wege stehen, kann auch ein charismatischer EU-Außenminister nicht viel bewegen. Vielmehr sollte man sich für einige Jahre noch damit abfinden, dass einzelne Länder sich das Recht reservieren werden, die hart erarbeiteten Nachbarschaftskonzepte der Kommission eher als "Empfehlungen" denn als "Richtlinien" auszulegen. Was man tun kann und muss, ist Grenzen festlegen, die kein Land in der relativ freien Ausgestaltung seiner Nachbarschaftspolitik überschreiten darf. Und die heißen z.B. keine Waffenexporte an Paramilitärs in Bosnien, keine Billigung des Vorgehens in Tschetschenien, keine Duldung provokanter Truppenmanöver an den Außengrenzen o.ä.

Europa als Ganzes, mit Einbeziehung der transatlantischen Partner zugleich, hat die Instrumente, rudimentäre Demokratisierungs- und Menschenrechtspolitik zu gestalten: über die OSZE, den Europarat und die einzelnen Agenden der UNO. Die Chance besteht aber darin, sich angesichts dieser allgemein anerkannten zahnlosen Tiger als konsequenter Akteur zu profilieren. Für die EU reicht es nicht, mit Belarus einen kritischen Dialog zu führen. Ein Schritt in die richtige Richtung war aber das nahezu einheitlich verhängte Einreiseverbot für Lukashenka und seine Gefolgsleute. Und das hat nichts mit Diskriminierung oder Heuchelei gegenüber einem armen osteuropäischen Land zu tun – es ist die einzig konsequente Vorgehensweise bei wiederholten Verstößen gegen die Freiheitsrechte in einem Land, das zweifellos im europäischen Haus seinen Platz finden kann, wenn es auch jetzt, auf eigenen Wunsch, eher im Hausflur vegetiert. Diese Konsequenz würde man sich im Vorgehen gegen ähnlich agierende europäische Staatschefs auch wünschen – wenn manche Politiker nicht hin und wieder Alliierte zu bestimmten Zwecken bräuchten.

Was wir brauchen, sind weniger wissenschaftlich gestützte Analysen und Konzeptionen der Außenpolitik – in Wesentlichen sind wir uns da alle einig. Was wir brauchen, ist der politische Wille, anzuerkennen, dass wir alle in einem Boot sitzen und sich bei bestimmten Fragen einem von einer Mehrheit getragenen Beschluss unterzuordnen, egal ob man in der Vergangenheit eine mittlere Großmacht oder ein europäischer Freiheitskämpfer war. In der inneren (und bald auch äußeren) Sicherheitspolitik wird die EU bald diesen Konsens finden – dazu ist die

Situation brisant genug. Vielleicht benötigt es eines albanischen Selbstmordattentäters in Berlin, um zu begreifen, dass Menschenhandel, organisierte Kriminalität, Drogenschmuggel und desintegrierte politische Strukturen vor unserer Haustür uns auch etwas angehen, und dass wir diesmal nicht die Polizei vom anderen Ufer des Atlantik rufen können. Ich hoffe aber, dass sich ohne einer Neuauflage von Madrid die Erkenntnis durchsetzen wird, dass wir eine einheitliche und konsequente Außenpolitik brauchen, und dass wir mit einigen Nachbarn ein ernstes Wörtchen reden sollten, bevor wir ihnen den Schlüssel aushändigen.